

*In dieser Datei sind die ersten 8 Folgen der Essay-Serie
„Der Migrationsmythos“ zusammengestellt*

(Der Migrationsmythos, Folge 1)

Die Diktatur des Rettens

Von Gerd Held

Vorsicht, dies ist kein Artikel über „die Flüchtlinge“. Bei den massiven Bevölkerungsbewegungen, die sich jetzt auf Deutschland, Europa und andere Wohlstandsregionen der Welt richten, ist „Flucht“ nicht der angemessene Oberbegriff. Hier sind nicht nur Hilflose und Getriebene unterwegs, die aus einer Notlage gerettet werden müssen. Die Vorgeschichte dieser Welle ist keine allgemeine Verelendung, kein Weltkrieg, keine globale Naturkatastrophe. Gewiss gibt es Notlagen, Katastrophen und Kriege, doch generell ist die Versorgung mit Nahrung, Gesundheit, Information in den ärmeren Regionen in den vergangenen Jahrzehnten besser statt schlechter geworden. Deshalb sind es oft nicht extreme Notlagen, sondern neue Wünsche und Ansprüche, die die Menschen in Bewegung setzen, die Staaten auseinanderbrechen lassen und die dann im Gefolge tatsächlich auch zu Krieg, Gewalt, Hunger, Krankheit führen. Auch die Todesfälle auf den Migrationsrouten gehören zu diesen Folgen.

Das macht diese Opfer nicht weniger erschreckend und unsere Anteilnahme nicht geringer. Aber es gibt hier noch eine andere moralische und politische Pflicht: Wir müssen fragen, ob diese globale soziale Mobilisierung sinnvoll ist, ob sie zum Besseren führt. Oder ob sie ein Irrweg ist, der immer größeres Unglück heraufbeschwört. Weil hier nicht einfach ein höherer Zwang regiert, sondern von Menschen eine Wahl getroffen wird, muss nach der Vernünftigkeit dieser Wahl gefragt werden. Diese Frage muss als *soziale* Frage gestellt werden, als Frage der gesellschaftlichen Entwicklung, nicht als Frage individueller Biographien. Wir müssen nach einer verallgemeinerungsfähigen Antwort suchen. Dabei wiederum geht es nicht nur um eine verbale Antwort, sondern um den Einsatz unserer Handlungsmöglichkeiten: Sollen wir die neuen Bevölkerungsbewegungen unterstützen und fördern oder sollen wir sie bremsen und einhegen?

Der Oberbegriff dieser Artikelserie ist deshalb die *Migration* und „Flüchtling“ ist nur eine Teilmenge. Deshalb ist auch „Rettung“ hier nur ein Teil der moralischen und politischen Gesamtantwort.

Die generelle Rede von „den Flüchtlingen“ hat etwas Drängendes. Sie duldet keinen Verzug und keine prüfende Distanz. Damit steht diese Rede im Grunde auf Kriegsfuß mit den Grundlagen des Asylrechts und erweckt den Eindruck, dass das Asylverfahren (die Prüfung der Anliegen *vor* der Öffnung des Landes) kleinlich und unmoralisch ist. In dieser Rede ist die Unterscheidung zwischen den Arbeitsmigranten, den (kurzfristigen) Flüchtlingen und den (langfristigen) Asylsuchenden eingeebnet. Im Grunde macht sie die Möglichkeit, Menschen überhaupt die Zuwanderung zu verweigern, zum Tabu. Jeder, der für diese Möglichkeit eintritt, gilt sot als moralisch und politisch verdächtig. Unverdächtig ist hingegen jedes pauschale „Ja“

zur Migration. Doch ist dies pauschale „Ja“ moralisch viel fragwürdiger. Denn die kritische Prüfung der Migrationsgründe nimmt die schwerwiegenden Folgen des Migrierens ernst – die Lösung der Menschen aus ihren sozialen Bindungen; der Verlust von Talenten und Fähigkeiten für das Herkunftsland; die Zusatzlasten für das Empfängerland und die Übernutzung seiner Gemeingüter. Die kritische Haltung hält diese Folgen für so gravierend, dass sie das Migrieren nicht per se als positiven Akt ansieht. In ihrer Moral zählt nicht nur das dramatisch-auffällige Hier und Jetzt, sondern die Gesamtlage der Völkergemeinschaft und die langfristigen Folgen einer großen Wanderungsbewegung.

Die Inflation des Ausnahmezustands „Notlage“

Wo hingegen alles unter dem Gebot des unmittelbaren Rettens steht, gibt es auch *politisch* im Grunde nichts zu entscheiden. Jede allgemein-verbindliche Regelung, jedes Gesetz erscheint unmenschlich. Jede Einschränkung im Namen der Gesamtbürgerschaft eines Landes erscheint als Übergriff. So kommt es zu einem unpolitischen permanenten Ausnahmezustand, zu einer Diktatur des Rettens. Dieser unpolitische Zustand hat sich in Deutschland stärker ausgebreitet als in jedem anderen europäischen Land. Nicht, dass das Diktatorische in besonders drastischen Eingriffen bestehen würde – nein, es ist ein Verweigern von politischem Handeln und seine Ersetzung durch die Steuerung der öffentlichen Meinung. Das „Retten“ soll die Bevölkerung mobilisieren und sie zugleich auf ferne globale Lösungen vertrösten. Gemessen an ihrem vollmundigen „Wir schaffen das“ hält sich die Bundesregierung beim wirklichen Eingreifen auffällig zurück.

Diese Form der ideologischen Steuerung unter der Flagge des Rettens ist hierzulande inzwischen wohlbekannt. Da gibt es die „Eurorettung“, mit dem der Marsch in die europäische Transferunion gelenkt wurde. Dazu gehört die „Griechenland-Rettung“, bei der ein Staat, der völlig über seine Verhältnisse lebt, endlos alimentiert wird. Und es gibt natürlich die „Klimaretter“, in deren Namen man das deutsche gemischte Energiesystem zerstört hat (und gleiches im Verkehrs- und Bauwesen vorbereitet). Überall wird gerettet. Dieser Begriff ist zum universellen Politikersatz geworden. Das „Retten“ ist das Meisterwort des Merkelismus.

Mit der „Flüchtlingsrettung“ bekommt diese Entwicklung nun eine neue Dimension. Das liegt zum einen an der Größe der Bevölkerungswelle, die auf Europa zurollt. Es liegt zum anderen daran, dass diese Rettung viel stärker das Innenleben Deutschlands berührt. Sie greift in das gesellschaftliche Leben ein, sie verändert die Art des zivilen Zusammenhalts. Das stellen in diesen Wochen viele Menschen beim Blick in ihre Stadt oder in ihre Ortschaft fest. Sie befinden sich „in neuer Gesellschaft“. Die eingespielten zivilen Mechanismen, auf deren Gültigkeit man fraglos vertrauen konnte, gelten nicht mehr. Und hier steht nicht irgendein altes, engstirniges Reichsdeutschland auf der Kippe, sondern die durchaus moderne *Bundesrepublik* mit ihren Institutionen und ihren zivilen Formen des Zusammenhalts. Die neue Migrationsbewegung bringt die mühsam erreichten Gleichgewichte der Integration aus dem Lot. Sie setzt an die Stelle der bisherigen, regulierten Offenheit eine anarchische und völlig intransparente Offenheit.

Es gibt also gute Gründe, dieser Bewegung skeptisch gegenüberzustehen und sie erstmal zu bremsen, bevor sie die Republik umkrepelt. Diese Skepsis ist längst da, und zwar in der gesellschaftlichen Mitte Deutschlands (und anderer europäischer Länder). Oft kommt sie in sehr vorsichtigen Formulierungen zum Ausdruck. Statt der nassforschenden Sprachregelung der Bundesregierung, Deutschland sei „herausgefordert, aber nicht überfordert“, sagen die Leute, dass man im Grunde „ratlos“ ist. Oder „bedrückt“, wie Klaus-Dieter Frankenberger in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 29. August schrieb: „Doch machen wir uns nichts vor: Die

Vorstellung, der halbe Nahe Osten und Teile Afrikas siedeln Um nach Westeuropa, lässt schon ein Gefühl der Bedrückung zurück. In jeder Hinsicht“. In so einer Situation könnte man eigentlich von den politisch Verantwortlichen erwarten, dass sie eine rationale und offene Diskussion anregen – über den Charakter dieser neuartigen Migrationswelle und über die Handlungsmöglichkeiten des Staates. Und dass der Pluralismus der politischen Parteien und *aller* Meinungsäußerungen gerade jetzt geschätzt und geschützt wird. .

Die Vergiftung des politischen Lebens: das „helle“ und das „dunkle“ Deutschland

Doch stattdessen geschieht in Deutschland nun etwas ganz Anderes, etwas geradezu Irrsinniges. Im Angesicht eines neuen Migrationsschubes, der in diesen Tagen über die Balkanroute auf Deutschland zuläuft, wird eine Debatte über „Ausländerhass“ und „rechtsradikale Gefahren“ inszeniert. Und das Stigma „rechts“ wird bewusst so weit gedehnt, dass es jene Mitte der Bürger trifft, die nicht begeistert in den Chor der Flüchtlingsretter einstimmt, sondern mit Sorge auf die überhitzte Migrationswelle blickt. Dass sich diese Mitte eigenständig und öffentlich äußert, soll offenbar verhindert werden. Darauf zielt der Satz der Bundeskanzlerin: „Und es ist genauso beschämend, wie Bürger, sogar Familien mit Kindern, durch ihr Mitlaufen diesen Spuk unterstützen.“ Im gleichen Sinn hat der Vizekanzler die Losung ausgegeben, es käme nun darauf an, überall auf der Arbeit, im Verein und in der Familie aufmerksam jedes Zeichen von Migrations skepsis zu beobachten. Und dann kam der Bundespräsident und sprach den Satz: „Es gibt ein helles Deutschland, das sich hier leuchtend darstellt, gegenüber dem Dunkeldeutschland, das wir empfinden, wenn wir von Attacken auf Asylbewerberunterkünfte oder gar fremdenfeindliche Aktionen gegen Menschen hören.“ Die Mitte kommt hier nicht mehr vor. Der Satz von den zwei Deutschlands, dem guten und dem bösen, verurteilt nicht einfach die Gewaltakte, sondern er zieht einen Strich mitten durch das Land. Und das im Angesicht einer täglichen Zuwanderung, bei der nichts, aber auch gar nichts nachhaltig geregelt ist. Mit diesem Spaltersatz, noch dazu mit der primitiv-demagogischen Scheidung des „Hellen“ und des „Dunklen“, wird Herr Gauck vielleicht einmal in die Geschichtsbücher eingehen. Hier spricht einer, dem die demokratische Kultur der Bundesrepublik zutiefst fremd ist. Und der sich offenbar zu einer Art Neugründung unseres Gemeinwesens berufen fühlt.

Das neue „helle Deutschland“ wäre ein Gesinnungsstaat. In ihm wären nur diejenigen Vollbürger, die sich vorbehaltlos zum Retten bekennen und überhaupt „positiv“ auftreten. Am Wochenende fanden sich schon zahlreiche Prominente, die dies Bekenntnis auf den Titelseiten einer Boulevard-Zeitung ablegten. Die öffentlich-rechtlichen Sender senden nur noch „positive Beispiele“, auch die „Tatort“-Krimis sind sicher schon auf Linie gebracht. Der nächste Schritt wäre es dann, jegliche öffentliche Kundgebung von Migrations skepsis zu untersagen – mit der Begründung, dass es in ihrem Umfeld eine „erhöhte Wahrscheinlichkeit“ von Gewalttaten gibt. Glücklicherweise hat das Bundesverfassungsgericht dem Versuch, eine Demonstrationzensur in Heidenau zu errichten, widersprochen. Noch leben wir nicht in einem Gesinnungsstaat. Doch ein weiterer Satz der Bundeskanzlerin lässt aufhorchen. „Wer so handelt wie die Gewalttäter von Heidenau, der stellt sich weit außerhalb unserer Werteordnung“, sagte sie (zit. aus der FAZ vom 25.8.2015). Es hätte völlig genügt, wenn Merkel sich auf die *Rechtsordnung* der Bundesrepublik berufen hätte. Indem sie aber unsere Rechtsordnung durch „unsere Werteordnung“ ersetzt, wechselt sie das Register. Nun kann sie auch die Migrations-Skeptiker und Rettungspolitik-Kritiker ausbürgern und nach Dunkeldeutschland verbannen.

Diese Affäre hat auch eine europäische Dimension. Da gibt es die Grenzsicherungen, die jetzt die ungarische Regierung vornimmt. Oder die Ablehnung einer europaweiten Quotenverteilung der Migranten, wie sie von vielen osteuropäischen Regierungen geäußert wurde. Oder das englisch-französische Sperrabkommen am Ärmelkanal-Tunnel. Sind das nicht alles „rechtsextreme“ Maßnahmen? Spricht daraus nicht ein „Dunkeuropa“? Und wäre, andersherum betrachtet, nicht das „helle Europa“ ein sehr deutsches Europa? Der infame Spaltungsstrich des Herrn Gauck ist ein Spaltungsstrich durch Europa.

Genug mit diesen Betrachtungen des Irrsinns. Am wichtigsten ist, jetzt einen klaren Kopf über das eigentliche Problem behalten: Es geht überhaupt nicht um die *Ausländerfrage*, sondern um die *Migrationsfrage*. Nicht die *Zugehörigkeit* von Menschen zu einem anderen Volk, zu einer anderen Religion oder zu einem anderen Kulturkreis ist das Problem – sondern die *Wanderungsbewegung*, in die sich Menschen begeben haben und die als Zuwanderung dann auch Deutschland betrifft. Das Problem ist nicht die *Bindung* von Menschen, sondern die *Auflösung von Bindungen*. Es geht um die Entwurzelung, die mit der Wanderung verbunden ist.

Der Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit hat mit den tatsächlichen Einwänden der Menschen nichts zu tun. Man kann mit Kollegen, Nachbarn, Mitschülern und Vereinskameraden fremder Herkunft eng vertraut und befreundet sein, man kann jahrelang Integrationsarbeit in einem Stadtteil gemacht haben – und man kann trotzdem jetzt gegen diese überhitzte, globale Massenmigration sein. Man kann es sogar gerade *deshalb* sein. Weil man weiß, wie echte Integration sich anfühlt und wo ihre Grenzen sind. Deshalb ist es wichtig, sich jetzt nicht in der dummen Diskussion um „Fremdenfeindlichkeit“ zu verhaken, sondern einfach weiter daran zu arbeiten, das neue Phänomen der globalen Massenmigration besser zu verstehen und die Fähigkeit der Staaten, diese Bewegung einzuhegen, zu verbessern. Die Wirklichkeit, dieser brave, unermüdliche, brave Maulwurf, arbeitet auf unserer Seite.

(erschieden auf der Internet-Plattform „Die Achse des Guten“ am 1.9.2015 und auf der Internet-Plattform „Tichys Einblick“ am 3.9.2015)



(Der Migrationsmythos, Folge 2)

Der Inbegriff des Bösen: die Abschiebung

Von Gerd Held

D

ie „Abendschau“ des RBB (der Berlin-Brandenburgische Landessender) befasste sich am 31.8. mit der Abschiebung von Migranten, deren Asylantrag als unberechtigt abgelehnt wurde. Für Berlin nannte er folgende Zahlen:

- 2012: 4200 Abgelehnte, davon 360 durchgeführte Abschiebungen
- 2013: 4600 Abgelehnte, davon 500 durchgeführte Abschiebungen
- 2014: 9600 Abgelehnte, davon 600 durchgeführte Abschiebungen

Diese Zahlen sind kein Sonderfall in Deutschland, Berlin steht damit an fünf“bester“ Stelle im Vergleich der Bundesländer. Peter Carstens rechnet vor, dass man angesichts des rasanten Anstiegs der Asylanträge (und der Zunahme von Ablehnungen) für 2015 in Deutschland mit „mehreren Hunderttausend“ Personen rechnen muss, die sich der Abschiebung entziehen und frei im Land zirkulieren (in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 23.8.).

Das sind verheerende Zahlen. Sie zeigen nicht nur, dass sich unter denjenigen, die in Deutschland als „Flüchtlinge“ unterwegs sind, eine wachsende Gruppe befindet, die kein Bleiberecht hat. Sie zeigen auch, dass es der Regierung nicht gelingt, diese Gruppe tatsächlich aus dem Land bringen. Mehr noch, es gibt seit einigen Jahren deutliche Zeichen einer Resignation des Staates.

Noch vor wenigen Tagen hat Frau Merkel das Wort „Wer nicht in Not ist, kann nicht bei uns bleiben“ gesprochen. Sie hat allerdings in der ihr eigenen Art mit dem „kann nicht bei uns bleiben“ den praktisch-politischen Teil der Angelegenheit umschiff: Es muss zu Abschiebungen in großem Maßstab kommen. Eine so schmerzvolle Aufgabe kann man nicht den einzelnen Ausländerbehörden anhängen, sondern man muss sie als Bundeskanzlerin auf sich nehmen. Jetzt, unverzüglich.

Man sollte sich zur Begründung der Abschiebungen sollte man sich nicht mit dem formalen Argument begnügen, dass „Recht vollzogen werden muss“. Vielmehr muss man daran erinnern, dass es beim Asyl um den Zusammenhalt der Gesellschaft eines Landes geht. „Asyl“ ist kein Werbewort wie „Gastfreundschaft“ oder „Willkommenskultur“, mit dem ein Land seine Offenheit bekundet. Es ist ein Element des Staatsrechts, und zwar ein Element, das einen Sonderweg zur Aufnahme in ein Staatswesen definiert. Das Asylrecht gewährt Fremden einen dauerhaften Anteil an den Gemeingütern eines Landes. Es ist klar, dass das nur in begrenztem Maß und unter restriktiven, überprüfbaren Voraussetzungen geschehen kann. Es ist ebenso klar, dass ein Missbrauch des Asylrechts ein Vergehen ist, das die Bürger zu Recht empört: „Warum gilt für uns die Ausweis- und Meldepflicht, während andere, die ihre Identität und Herkunft nicht angeben, ungestraft im Land geduldet werden?“ Im Asylrecht muss – gerade weil hier ein Sondertor geöffnet wird – besonders strikt auf die Erfüllung der Bedingungen geachtet werden. Eine Duldung wirkt zerstörerisch auf das Grundvertrauen der Bürger in die Verbindlichkeit der Gesetze. Deshalb ist die tatsächliche Abschiebung ein zentraler Prüfstein der gesamten Migrationspolitik.

Indem wir die Abschiebung in den Vordergrund stellen, verlassen wir den Bereich, wo die Migration nur „Thema“ ist und nur einen Gegenstand der „politischen Kommunikation“ bildet. Stattdessen sind hier die Exekutivmittel gefragt, die einer Regierung (der Exekutive) zur Verfügung stehen, um ein Gesetz oder eine Norm allgemeinverbindlich durchzusetzen. Hier zählen nicht nur Worte. Auch das Verteilen von Geld ist nicht der Maßstab, an dem das Politische an der Migrationspolitik zu messen wäre. Es geht um die Zwangsmittel des Staates.

Wie sieht der Einsatz dieser Zwangsmittel bei der Abschiebung gegenwärtig aus? In der „Abendschau“ wurde berichtet, dass 80% des Zeitaufwands bei den Abschiebungen darin besteht, den abgelehnten Asylbewerber „aufzufinden“. Das ist merkwürdig. Als Normalmensch hätte man erwartet, dass ein Asylbewerber unter enger Aufsicht steht - besonders, sobald er

seine definitive Ablehnung erhalten hat. Aber ein Artikel aus der FAZ (28.8.) belehrt uns eines Besseren: Ausreisepflichtige Personen würden „mindestens temporär untertauchen“, wird dort ein Innenminister zitiert. Und sein Pressesprecher sagt, dass es den Betroffenen schon genügen würde, „am Tag ihrer angekündigten Abschiebung nicht auffindbar zu sein.“ Wenn der gebuchte Abschiebeflug dann verpasst sei, könnten sie sich schon am nächsten Tag „wieder in ihrer Unterkunft blicken lassen“. Unglaubliche Zustände. Unglaublich ist vor allem die goldige Naivität der Staatsmacht: Man bestellt ein Flugzeug, lädt die Abzuschiebenden vor und schaut, was passiert. Man fordert die abgelehnte Person sozusagen auf, sich selbst abzuschieben - damit es nur ja nicht nach Zwang aussieht!

In dem bereits zitierten FAS-Artikel weist Peter Carstens darauf hin, dass die Ausländerbehörden sich einer Front von Gegenspielern gegenübersehen: „Gerichte verfolgen Rechtsbrüche durch Bewerber im Asylverfahren fast nie, Ärzte wurden von ihren Standesorganisationen dazu aufgefordert, bei Abschiebungen nicht mitzumachen, Kirchen bieten rechtsfreie Rückzugsräume.“ Es gibt also ein ganzes Bündnis von Kräften in Deutschland, die es sich zum Ziel gemacht haben, die Anwendung des Asylrechts zu hintertreiben, durch Untätigkeit oder sogar durch strafbare Handlungen.

Hinzu kommt die Komplexität des Asylrechts, der Aufwand der Übersetzungen und vor allem das widerspenstige, oft sogar feindselige Verhalten vieler Asylbewerber, mit dem die Väter des Asylrechts nie gerechnet hatten. Noch einmal Peter Carstens: „Inzwischen sagen mehr als drei Viertel aller Antragsteller, sie hätten keine Pässe, Urkunden, nichts. Manchmal tauchen die dann doch wieder auf, etwa, wenn sie in Deutschland heiraten. Viele aber widerstehen allen Bemühungen, ihre Personalien und ihr Herkunftsland zu klären. Das ist strafbar. Aber in der Praxis werden fast alle Verfahren eingestellt, sodass immer weniger Ausländerbehörden überhaupt Strafanzeigen stellen.“ (FAS 23.8.)

Beim Lesen solcher Berichte fällt ein eigenartiges, befremdendes Merkmal auf: In der Migration der Gegenwart ist ein beträchtliches Maß an Taktik, an Anspruchsdenken, an innerem Vorbehalt und sogar eine gewisse Feindseligkeit gegenüber dem aufnehmenden Staat spürbar. Das romantische Bild von Not, Hilfe und Dankbarkeit trägt. Auch auf eine neue „Liebe zu Deutschland“ sollte man nicht allzu sehr bauen. Gibt es wirklich eine belastbare Loyalität zum neuen Land, zu seinen Gesetzen und zu seinen sozialen Verhaltensnormen? Das Misstrauen und der Widerstand, mit denen man den Restriktionen des Asylverfahrens gegenübersteht, spricht eine andere Sprache.

Und auch die „Willkommenskultur“ auf deutscher Seite erscheint in einem weniger hellen Licht. Hier mischt sich in das Helfen oft ebenfalls ein feindseliger Zug – gegen den eigenen Staat und gegen alle Restriktionen, die das Asylrecht beinhaltet. Schnell ist man mit Vorwürfen gegen Behörden und Polizei zur Hand. Man hat eine ganze Einspruchsindustrie im Asylverfahren aufgebaut. Und auch das Untertauchen von abgelehnten Asylbewerbern wäre ohne die Zuarbeit von deutschen Helfern nicht möglich. Von einigen Milieus der Helferszene sind Migranten ein willkommenes Mittel, um damit einen anderen Staat zu erreichen. Oder gar keinen, sondern eine anarchische Weltmobilität.

Das Bild eines in Hilfe und Dankbarkeit vereinten und sich erweiternden Deutschland ist also eine (Selbst-)Täuschung. Es täuscht darüber hinweg, dass hier Kräfte mitmischen, deren Ziele mit diesem Land nichts im Sinn haben.

Die Gefechtslage zur Lösung des Abschiebepblems ist also schwierig. Es wäre ganz falsch, hier den Ausländerbehörden oder den Kommunen den schwarzen Peter zuzuschieben. überfordert. Ordnung kann hier nur von der politischen Führung des Landes geschaffen werden. Der Bund ist gefragt, die Bundesregierung, die Kanzlerin. Nur von dort kann den vielfäl-

tigen Hindernissen und dem Sperrfeuer begegnet werden. Konkret: Mehr noch: Nur in zentralen Einrichtungen in Grenznähe können hinreichend Fachleute, Sicherheitskräfte, Ärzte, Juristen, Dolmetscher usw. usw. zusammengebracht werden, um die Erstaufnahme (oder Zurückweisung) von Migranten zu bewerkstelligen. Nur in solchen zentralen Sammelstellen kann kontrolliert werden, dass nicht Migranten ohne geklärte Identität und Status durch das Land zirkulieren. Die Kommunen sind mit den Aufgaben personell überfordert und es wäre ein völlig irrationaler Plan, nun an zig Stellen in Deutschland allseitig gerüstete Aufnahmestellen aufzubauen.

Es war eine verheerende Fehlentscheidung, die auf Deutschland gerichtete Migrationswelle sogleich über die Bundesländer an die Kommunen weiterzuleiten (und von dort an ehrenamtliche Helfer). Erst diese Entscheidung hat zu den anarchischen Zuständen geführt, die mit dem anwachsenden Migrationsdruck immer weiter um sich greifen. Es ist diese Entscheidung hat dazu geführt, dass Migranten, die ganz offenkundig nicht als Asylberechtigte anerkannt werden können, quer durchs ganze Land verteilt wurden und weiterhin verteilt werden – genau dorthin, wo die Abschiebung durch vielfältige Gegenkräfte am leichtesten zu blockieren ist und wo ein Versteckspiel mit den Behörden leicht fällt.

Von einer Korrektur dieser Entscheidung ist nichts zu hören. Das Merkel-Wort der Woche lautet „Deutschland schafft es“. Es legt sich wie eine große Zudecke über das Chaos im Lande.

Doch sieht es nicht so aus, als würden nun alle unter diese Decke kriechen. Vor einigen Tagen ist der „Deutsche Landkreistag“ (Zusammenschluss der Landkreise in der Bundesrepublik) mit einer bemerkenswerten Stellungnahme an die Öffentlichkeit getreten: „In Grenznähe müssten von den Ländern ausreichend dimensionierte Aufnahmeeinrichtungen geschaffen werden, in denen Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, der Ausländerbehörden und der Verwaltungsgerichte anzusiedeln wären“ erklärte der Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Henneke am 21.8.. Er spricht sich gegen die Verteilung von Asylbewerbern auf die Kommunen aus und für die Aussetzung des Schengen-Abkommens, um wieder eine Konzentration der Kontrollen an den Außengrenzen der Bundesrepublik zu ermöglichen (vgl. FAZ vom 22.8.).

(erschieden am 4.9.2015 auf der Internet-Plattform „Die Achse des Guten“ und am 5.9. auf der Internet-Plattform „Tichys Einblick“)



(Der Migrationsmythos, Folge 3)

Die Grenzlüge

Von Gerd Held

Es war ein geradezu gespenstischer Auftritt, den die amtierende Bundeskanzlerin am 7. Oktober bei „Anne Will“ im Ersten Deutschen Fernsehen hingelegt hat. Frau Merkel hat dafür gesorgt, dass zigtausende Migranten unter Umgehung europäischer Regelungen ohne vorherige Prüfung nach Deutschland gelangt sind und immer noch tagtäglich gelangen. Und nun erklärt sie, dass die Zuwanderung an der deutschen Grenze gar nicht aufzuhalten sei. Das Merkelsche „nicht möglich“ ist ein prinzipielles Nein gegen den Einsatz der Staatsgrenzen in der Migrationskrise - nicht nur für den Augenblick, sondern auch für jede weitere Zukunft. Diese Festlegung, die faktisch bedeutet, dass Deutschland zum offenen Territorium erklärt wird, trifft die Kanzlerin nicht etwa vor dem Deutschen Bundestag, mit sorgfältiger Darlegung der Gründe und der Rechtslage, sondern in einer Talkshow.

Auf die deutschen Grenzen richten sich jetzt zu Recht die Blicke der Bürger. Bei ihnen gibt es nicht nur ein Gefühl der Überlastung, sondern auch ein Gefühl der Hilflosigkeit. Das bisherige Handeln der Regierenden hat ihnen den Eindruck vermittelt, dass es gar keine Mittel gibt, auf die Migrantenströme Einfluss zu nehmen – sie kommen einfach an, wie sie wollen. Das gilt für die *außenpolitischen* Mittel – das Dublin-System funktioniert seit Monaten nicht mehr und die Regierung kann keinen Weg angeben, es wiederherzustellen. Das gilt für die *innenpolitischen* Mittel – auf der lokalen Ebene, wohin die Migranten ja sofort gelangen, sind die Behörden nicht in der Lage, zuverlässige Kontrollen über Identitäten, Aufenthaltsorte oder rechtlichen Status durchzuführen, auch nicht mit zusätzlichem Geld und Personal. So ist Deutschland unter der Ägide von Frau Merkel zu einem doppelten Verschiebebahnhof der Migrationswelle geworden. Man hat die Migranten großzügig hereingewunken und man sie gleich über die Länder an die Kommunen weitergeleitet (und der „Zivilgesellschaft“ vor die Haustür gekippt). Man hat also eine doppelte Auslagerung von Verantwortung vorgenommen: auf das internationale Parkett und auf die örtlichen Verwaltungsebenen. Im Zwischenraum ist der Bund fein aus dem Schneider. Er kann mit Worten und Geld hantieren, aber irgendeine direkte Konfrontation mit dem Migrantenproblem hat er nicht auf sich genommen. Er hat sich auf die Moderatorenrolle zurückgezogen. Der entscheidende Ort, der dabei wegfällt, ist die deutsche Staatsgrenze (für die der Bund zuständig ist).

Aber es hat sich etwas geändert an der Stimmung im Lande. Dass die zunächst angebotene Lösung „Willkommenskultur“ es richten kann, wird kaum noch geglaubt. Auch das Geraune, man müsse „die Ursachen“ der Migration beseitigen, weckt Zweifel. Bei einer großen Flut schaut man auch nicht zuerst auf die tieferen Ursachen, sondern auf die Deiche. Es ist natürlich richtig, dass Staatsgrenzen nicht die Triebkräfte von Migrationsbewegungen beseitigen können, aber sie sind ein Schutzmittel, wenn die Substanz eines Landes gefährdet ist. Ihr Einsatz könnte jetzt wesentlich dazu beitragen, dass die Migrationswelle in Deutschland nicht immer weiter (irreversible) Tatsachen schafft. Der Instinkt, jetzt nach den territorialen Grenzen zu fragen, ist also ein sehr richtiger Instinkt. Die Auseinandersetzung mit der Migration wird damit politischer. Sie fragt nach den Mitteln des Staates.

Das Mantra „Wir schaffen das“ hat schon einen scheppernden Klang. Deshalb legt Merkel nun hilfsweise eine zweite Botschaft nach. Es ist eine reine Negativbotschaft: Eine Abwehr des Migrantenansturms an der Staatsgrenze ist „nicht möglich“. Funktioniert nicht. Gibt's nicht. Geht nicht. Es ist ein apodiktisches Nein, das Frau Merkel da – fast beiläufig im Gesprächsmodus – fallen lässt. Sie begründet es nicht in Form einer Abwägung von Vorzügen und Nachteilen, sondern schließt die Grenze als Begrenzungsmittel absolut aus.

Frau Doktor Merkels Zaunphysik

Hier kommt es nun auf ein Detail an. Merkel hat die Unmöglichkeit strikter Grenzkontrollen nicht etwa mit rechtlichen Festlegungen (z.B. mit internationalen Abkommen) oder mit operativen Schwierigkeiten (Polizeiaufwand) begründet, sondern mit quasi naturgesetzlichen Gründen. In der entsprechenden Gesprächspassage des Fernsehauftritts nennt Merkel eine Kilometer-Länge („3000 km“) der deutschen Grenze. Die Grenze sei so lang, dass die Errichtung eines bewachten Zauns unmöglich sei – das habe man ja in Ungarn gesehen... Wahnsinn, Frau Merkel hat mal eben in drei Sätzchen die Unhaltbarkeit jeglicher territorialen Staatsgrenze bewiesen.

Große Grenzlängen gibt es auf dieser Welt viele. Sie müssten, gemäß Frau Doktor Merkels Zaunphysik, überall obsolet sein. In der Migrationskrise hat eine solche Weltanschauung eine ungeheuerliche und infame Konsequenz. Wenn sie stimmen würde, hätten auch Italien, Griechenland, Spanien und die anderen Grenzstaaten der Europäischen Union einen „unmöglichen“ Auftrag. Auch sie haben geographisch lange Grenzen. Sind also die europäischen Grenzen insgesamt unhaltbar? Und worüber wird eigentlich mit der Türkei verhandelt, wenn eine verlässliche Staatsgrenze zu Syrien „nicht möglich“ ist? Wieso fordert man von der Türkei ein hartes Grenzregime, das man in Deutschland nicht einrichten möchte?

Und es gibt hier noch eine infame Geschichte: Beim G7-Gipfel im bayrischen Elmau fand Frau Merkel nichts dabei, über einige Wochen rigorose Grenzkontrollen stattfinden zu lassen. Die Polizei führte vor, dass das sehr wohl machbar war – und stellte in diesen Wochen mehr als 10000 Personen fest, die im Bereich zwischen Italien, Österreich und Deutschland illegal unterwegs waren. Daraufhin erhob sich die Forderung, diese Kontrollen auf längere Zeit beizubehalten. Die Bundesregierung lehnte das ab. Was für Merkels eigene Veranstaltung kein Problem war, soll jetzt zum Schutz des ganzen Landes unmöglich sein.

Das Bild des „Zaunes“ ist ein recht eingängiges Bild. Aber es beruht auf einer kartographischen Täuschung. Eine Grenze ist nicht nur eine simple Linie durch die Landschaft. Seit es die neuzeitlichen Territorialstaaten gibt, sind die Grenzen immer komplexere Systeme geworden, die sowohl Öffnung als auch Schließung beinhalten. Von simplen Linien sind sie zu breiteren *Grenzräumen* geworden, die auch Zonen der Kooperation zwischen Staaten sind. In solchen Zonen sind illegale Übertritte schwerer. Eine einzelne gewaltsame Durchbrechung nützt nicht viel. Zu den Grenzräumen eines modernen Landes – besonders eines Einwanderungslandes - gehören auch zentrale Einrichtungen (Lager unterschiedlichster Art). Dort kann die Klärung von Herkunft, rechtlichem Status und die Trennung von berechtigten und unberechtigten Ansprüchen vorgenommen werden. Ebenso kann man Rückführungen (Abschiebungen) organisieren. Nur durch solche Einrichtungen ist eine Antwort auf größere Migrationsbewegungen effektiv möglich, weil verschiedene Behörden zusammenwirken können und auch die gerichtliche Überprüfung behördlicher Maßnahmen ortsnahe stattfinden kann. Dabei ist die Zentralisierung (*Bundesgrenze*) wichtig. Nur durch diese Grenz-Zentralität kann der Aufwand an Dolmetschern, Juristen, Ärzten, Sicherheitskräften bewältigt werden. Nur so kann eine elementare Versorgung mit Unterkunft, Nahrung, Gesundheit zuverlässig für alle und bezahlbar für das Gemeinwesen sichergestellt werden. Natürlich ist „Lager“ ein böses Wort (und „Transitraum“ hört sich vielversprechender an). Aber es ist ein klarer Ort. Indem er dem Grenzraum zugeordnet wird, wird deutlich: Diese Menschen haben humanitären Schutz, aber sie gehören noch nicht zu diesem Land.

Zu welcher absurden Konsequenz hingegen das Merkelsche „Nicht möglich“ führt, zeigt die gegenwärtige Situation in Deutschland. Die dezentrale Verteilung von Migranten aller Art - davon viele Asylbewerber ohne Anerkennungsaussicht, viele schon rechtskräftig abgelehnte Bewerber und viele Migranten ohne jede Registrierung – hat dazu geführt, dass wir Zigtau-

sende von Standorten im ganzen Land haben. Würde man die Länge der Grundstücksgrenzen dieser Einrichtungen einmal addieren, käme man auf Zigtausende von Kilometern. Völlig unkontrollierbar, nicht zu schützen vor Übergriffen und mit hohen Kosten verbunden. Eine bizarre Logik: Die Kanzlerin lehnt also ein striktes Grenzregime über 3000 km ab, und lässt eine wahre Grenz-anarchie in den Stadtteilen und Ortschaften Deutschlands zu. Ihr Argument der Kontrollierbarkeit ist daher ein vorgeschobenes Argument. In Wirklichkeit ist Kontrolle überhaupt nicht ihr Ziel, sondern sie geht offenbar davon aus, dass sich die Probleme vor Ort schon irgendwie von selbst regeln werden – auf zivilanarchische Weise sozusagen.

Die Schwachstelle ist nicht physischer, sondern moralischer Natur

Frau Merkels „nicht möglich“ ist in der Sache unhaltbar. Mehr noch, die demonstrative Naivität, mit der der Einsatz des Verfassungsguts „Staatsgrenze“ behandelt wird, ist eine Unverschämtheit gegenüber den Forderungen von Kommunalverbänden und Polizeiorganisationen. Glaubt man im Kanzleramt wirklich, man könnte die ganze Nation so an der Nase herumführen? Oder ist vielleicht folgender Satz über die Kanzlerin richtig, der sich in einem FAZ-Artikel von Günter Bannas (9.10.15) findet: „Zu ihren Gewissheiten gehört es, dass die deutsche Öffentlichkeit Zustände, wie sie seit Monaten im Umfeld des Eurotunnels von Frankreich nach England herrschen, wo Tausende von Menschen im Freien kampierten, nicht drei Tage lang aushalten würde.“ Wenn dies das eigentliche Motiv Merkels ist, dann geht es gar nicht um eine *objektive* Unmöglichkeit strikter Grenzkontrollen, sondern um eine *subjektive* Unverträglichkeit. Die ganze Zaunphysik ist Vorwand. Es geht darum, dass Frau Merkel ein Problem mit den *Zwangsmassnahmen* des Staates hat, ohne die keine Staatsgrenze auskommt. Es geht um Psychologie: Um ein angebliche Psychologie der deutschen Öffentlichkeit, der unterstellt wird, sie könne nur freundliche Bilder ertragen – und tatsächlich um die Psychologie von Frau Merkel, die mit solchen Bildern nicht in Verbindung gebracht werden will.

Damit aber wäre die Unfähigkeit dieser Kanzlerin, Deutschland in der jetzigen Krise zu führen, noch größer. Denn dann gäbe es nicht nur ein Problem an der Bundesgrenze, sondern bei jeder restriktiven Maßnahme: keine Abschiebungen, keine Identitätskontrollen auf Bahnhöfen, keine Räumungen besetzter Plätze, keine Sanktionen von Gewalttätern in Heimen – denn überall wird es Bilder geben, die so auslegt werden können, dass „die Deutschen den Ausländern Gewalt antun“.

Es ist nämlich ein *Härteproblem*, das die „Unmöglichkeit“ der Einhegung der Migrationswelle ausmacht. Wo immer man auf das Wörtchen „geht nicht“ stößt, wird man bei näherem Hinsehen nicht auf das Problem stoßen, dass es keine Mittel gibt, sondern auf das Problem, dass ihr Einsatz schmerzvoll ist. Auch die netten „Transitzonen“ werden in dem Moment, wo sie nicht nur Durchgangsstationen sind, sondern Menschen festhalten und zurücktransportieren, zu bösen Zonen. Das trifft natürlich auch auf die „europäischen Hotspots“ zu, die die EU im Süd und Südosten einrichten will. Sie würden, wollte man sie ernsthaft betreiben, zu gigantischen Lagerbildungen (wie jetzt schon in Sizilien sichtbar) führen. Wie will man *europäisch* böse Bilder aushalten, die man *national* nicht aushält?

Es ist ja in der Migrationskrise der Eindruck erweckt worden, die Mutigen wären dort zu finden, wo die Grenzen aufgemacht würden. Hier wird nun deutlich, dass der größere Mut dort benötigt wird, wo Grenzen gesetzt und verteidigt werden müssen.

Gilt der Amtseid der Kanzlerin noch?

Und wie haben wir von dieser ganzen unredlichen, scheinwissenschaftlichen Laberei die Nase voll. Vielleicht sollte Frau Merkel sich soweit ehrlich machen, dass sie sich nicht länger des Aushängeschildes „CDU“ bedient, sondern offiziell den Grünen beitrifft und sich dann ihre eigene Mehrheit zu holen versucht.

Noch gibt es keine Neuwahlen. Aber es gibt einen Amtseid. Frau Merkel hat, unter anderem, geschworen, „Schaden vom deutschen Volk zu wenden“ und „das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes zu wahren und verteidigen“. Die Eidesformel bezieht sich auf durchaus präzise Größen – auf das deutsche Volk und auf das Staatswesen der Bundesrepublik. Es gab in letzter Zeit bereits einigen Anlass zu der Frage, ob Frau Merkel nicht persönliche Überzeugungen und globale Werte über die Verpflichtungen ihres deutschen Amtes stellt. Am 7. Oktober wurde nun eine Grenze überschritten. Frau Merkel hat deutlich gemacht, dass die Schutzfunktion der deutschen Staatsgrenze in der Migrationskrise für sie keine Relevanz hat. Sie hat, in einer der größten Krisen der Nachkriegszeit, mit den Grenzen der Republik einen rechtsstaatlichen Grundbaustein aufgegeben. De facto hat sie Deutschland zum offenen Territorium erklärt. Es besteht Grund zu der Annahme, dass sie als Chef der Exekutive den Einsatz der Bundesgrenze auch praktisch verhindert hat oder sich zumindest einer Unterlassung schuldig gemacht hat.

Man sollte dabei bedenken, dass es hier auch um das Rechtsgut der deutschen Staatsbürgerschaft geht. Also um die Definition dessen, was „deutsches Volk“ heißt. Vor gut 10 Jahren ist die deutsche Staatsbürgerschaft vom Prinzip der Abstammung auf das Prinzip der territorialen Zugehörigkeit umgestellt worden. Das war ein durchaus richtiger Schritt, aber er bedeutet, dass dadurch die Wichtigkeit territorialer Grenzen steigt. Denn die Kontrolle jedes (dauerhaften) Zugangs zum deutschen Staatsgebiet ist das einzige Mittel, um die Zugehörigkeit zum „deutschen Volk“ steuern zu können. Wenn nun in einer Migrationswelle von historischen Ausmaßen die Bundesgrenze aufgegeben wird, wird im Grunde jede kalkulierbare Staatsangehörigkeit aufgegeben.

Stellt die amtierende Bundeskanzlerin also Ecksteine unserer staatlichen Ordnung in Frage? Betreibt sie nach der Energiewende jetzt eine Art „Staatswende“? Sieht sich diese Kanzlerin noch an ihren Amtseid gebunden?

Wenn solche Fragen im Raum stehen, muss eigentlich *das Parlament* die Initiative ergreifen. Notwendig wäre eine Sitzung des Deutschen Bundestags, in der Frau Merkel Gelegenheit gegeben wird, ihre Äußerungen zu erläutern und zu erklären, mit welchen Maßnahmen sie in der gegenwärtigen Krise die deutsche Grenzhöhe zu wahren gedenkt. Und noch eine zweite Maßnahme wäre angebracht: Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss müsste gebildet werden, der klärt, welche internationalen Verpflichtungen und Absprachen die Bundesregierung in den vergangenen Jahren eingegangen ist, die die deutsche Grenzhöhe tangieren.

(erschieden am 13.10.2015 auf der Internet-Plattform „Die Achse des Guten“ und am 14.10. auf der Internet-Plattform „Tichys Einblick“)



(Der Migrationsmythos, Folge 4)

Wer Grenzen stürmt, wird nirgendwo heimisch werden

Von Gerd Held

Die brennenden Zelte des Lagers Brezice in Slowenien sind ein Fanal. Es lässt das zerstörerische Gewaltpotential aufscheinen, das die gegenwärtige Migrationswelle mit sich führt. Migranten haben die Zelte ihres Lagers angezündet. Es war ein menschenverachtender Akt, wenn man an diejenigen denkt, die am meisten auf die Zelte angewiesen waren – an die Geschwächten und Kranken, an Frauen und Kinder. Das Kalkül der Brandstifter: Wenn wir die Zelte niederbrennen, müssen die Slowenen uns weiterziehen lassen, nach Österreich und Deutschland. Dieser Akt zeigt, wie weit bestimmte Gruppen zu gehen bereit sind und wie weit sie das Gesamtgeschehen bestimmen können. Die brennenden Zelte von Brezice werfen ein Schlaglicht auf die „Wanderung“, die da quer durch Europa zieht. Das zwingt dazu, endlich genauer hinzuschauen, was diese neuartige, wilde Massenmigration eigentlich darstellt.

Nein, hier geht es nicht darum, nun irgendwelche „Ursachen der Migration“ zu erforschen und etwa eine bestimmte Wirtschaftslage, eine bestimmte Religion oder eine bestimmte Ethnie für die Ereignisse verantwortlich zu machen. Lassen wir all diese „Vertiefungen“ einmal beiseite. Bleiben wir bei dem Vorgang der Migration und den Formen, die sie in diesem Fall annimmt. Betrachten wir die Migranten als Migranten. Sie sind da und sie sind zahlreich. Sie kommen aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten und aus so verschiedenen Regionen wie Balkan, Naher Osten, Afghanistan, Afrika. Ihr gemeinsamer Nenner ist die Entwurzelung. Es dominieren relativ junge Männer, die alleinstehend sind oder ihre Familien hinter sich gelassen haben. Sie fühlen sich in der Lage, etwas auf eigene Faust durchzusetzen. Es ist sozusagen eine Minimalausstattung, die sie mitführen – auch im Sinne moralischer Bindungen.

So schafft diese Migration ihre eigenen Sozialcharaktere. Je weniger äußeren Halt es gibt, umso mehr verstärkt sich die Entwurzelung. Man bricht auf und mit dem ersten Grenzdurchbruch wird die Entwurzelung bestätigt. Man gewöhnt sich an das Provisorische und das Willkürliche. Man lebt in einem Dazwischen zwischen Nicht-Mehr und Noch-Nicht, in einem exterritorialen Schwebe- und Wartezustand. Das führt zu einer Kultur des schnellen Zugriffs und der Rücksichtslosigkeit gegenüber den Sesshaften. Man sucht sein Heil im Wechsel der Bedingungen. Und auch dann, wenn man irgendwo für längere Zeit strandet, findet man im Grunde hier kein Zuhause.

So ist das Niederbrennen kein vordergründiger Gefühlsausbruch, es hat eine Logik. Es ist auch kein Einzelereignis. In Deutschland sind schon einige Container durch Migranten niedergebrannt worden. Dabei handelt es sich nicht nur um Anfangsschwierigkeiten der Integration. Das zeigen die gewaltsamen Unruhen in französischen Vorstädten, in Londoner Stadtteilen oder in verschiedenen Städten der USA, die von jüngeren Einwanderern der zweiten Generation getragen wurden.

Zu diesem Syndrom von Entwurzelung und Willkür gehören aber auch viele kleinere Details, die jetzt in den Aufnahmeeinrichtungen und an den Aufnahmeorten auffallen: die schnell-

le Unzufriedenheit, die Verachtung und das Beiseiteschieben der Frauen, die Vermüllung des Umfeldes und die Erwartung, dass an andere den Dreck wegmachen.

Kann man also erwarten, dass diejenigen, die jetzt in Slowenien zu solchen Mitteln gegriffen haben, es später nicht mehr tun, wenn sie in Deutschland angekommen sind? Man muss ein Narr sein, um das zu erwarten.

Die Eigenart der gegenwärtigen Migrationswelle

Aber, so könnte eingewendet werden, gibt es unter den Migranten nicht auch Fälle echter Not und Dankbarkeit? Gewiss gibt es diese, aber sie bestimmen nicht den Gang der Dinge. Hier ist ein Umstand bedeutsam, der die jetzige Migrationswelle von anderen Migrationen unterscheidet: Es handelt sich ganz überwiegend um eine willkürliche Migration. Sie bewegt sich außerhalb der legalen Formen des Flüchtlingskonventionen und des Migrationsrechts. Das heißt, die Migranten haben nicht irgendeine Übereinkunft mit dem Land, in das sie migrieren, geschlossen. Sie haben sich selbst ermächtigt. Ihr Handeln ist völlig einseitig. Das bedeutet, dass es nicht so etwas wie einen „Gesellschaftsvertrag“ gibt, durch den sich die Migranten mit ihrem Zielland verbunden fühlen. So gibt es keine wirklich belastbare Loyalität mit dem Empfängerland, die bei Konflikten und Aggressionen mäßigend wirken würde. Es gibt auch keine belastbare Grundlage dafür, dass sich solche Migranten dem Auf- und Weiterbau ihres neuen Landes verpflichtet fühlen. Sie kennen nur die Nehmerrechte, die sie mit dem Akt der Migration erworben zu haben glauben.

Hier spielt der Akt des Grenzübertritts – den die Bundeskanzlerin zur Nebensache erklären möchte – eine Schlüsselrolle. Der illegale Grenzübertritt ist für die gegenwärtige Migrationswelle konstitutiv. Er ist ein einseitiger Übergriff, der nach keinem Einverständnis fragt.

Die Flüchtlinge, die so handeln, stellen sich damit außerhalb ihres Flüchtlingsstatus. Das internationale Flüchtlingsrecht beinhaltet keinesfalls ein Recht auf freie Landeswahl und unbeschränkte Freizügigkeit. Legal ist die Aufstellung von Kontingenten in den Flüchtlingslagern, die mit einer vorher festgelegten Zahl und mit ausdrücklicher Genehmigung des Empfängerlandes weiterreisen. Wer zu so einem Kontingent gehört, dem stehen die ganz normalen Grenzstationen aller Länder offen. Das gilt auch für Personen, die schon vor Grenzübertritt als Asylbewerber anerkannt sind und ein entsprechendes Visum haben. Auch für diejenigen, die auf Grund von geschlossenen Arbeitsverträgen ein Visum des Empfängerlandes bekommen haben. In diesem Sinn sind die Grenzen auf der Balkan-Route offen und nicht geschlossen – auch die ungarische Grenze. Geschlossen ist diese Grenze nur für den willkürlichen Grenzübertritt. Insofern ist die Rede von der „Abschottung“, die bestimmte Länder angeblich praktizieren, eines jener dreisten Lügenworte, die gegenwärtig umgehen.

Die große Mehrheit der Migranten bewegt sich außerhalb der legalen Wege – auch die meisten Syrer, die aus der Türkei weiter nach Europa aufgebrochen sind, nicht. Ihr Grenzübertritt geschieht heimlich oder mit physischer Gewalt. Er ist im Grunde ein Angriff auf die territoriale Integrität des Empfängerlandes. Auch wenn die Migranten keine großen Waffen mit sich führen und keine militärischen Handlungen durchführen, so verletzen sie doch das Völkerrecht. Dies gilt nicht nur für einzelne Gruppen, sondern es ist prägend für die Gesamtbewegung. Die Migration, der sich Deutschland und Europa jetzt gegenübersehen, ist eine „wilde Migration“.

Die Völkergemeinschaft kann die wilde Migration nicht dulden

Die Antwort ist klar. Alle Formen des gewaltsamen Grenzübertritts, alle Formen der Unterstützung durch Weiterleitung, durch Schlepper und durch andere „Helfer“ müssen unterbunden werden. Dieser Migrationsfluss muss sofort zu Stillstand gebracht werden, an allen verfügbaren Staatsgrenzen in Europa - das bedeutet seine Unterteilung und Lagerbildung. Das Warten auf die große EU-Gesamtlösung wird gar nichts bringen. Nur so kann auch angesichts des bevorstehenden Winters eine humanitäre Mindestversorgung sichergestellt werden. Zugleich kann so schrittweise mit der Rückführung illegaler Migranten begonnen werden. Erst dann wird eine Rückkehr zu zahlenmäßig begrenzten Aufnahmekontingenten für Asylanten und für Einwanderer auf Basis von Arbeitsverträgen möglich sein.

Es geht also um eine dezidiert politische Antwort, um eine Antwort mit den Gesetzen und Zwangsmitteln des Rechtsstaates. Diese Antwort ist die einzig machbare Antwort, weil sie sich wirklich auf den Tatbestand der Migration konzentriert und hier eingreift.

Verschont uns mit dem ganzen Gejammer über die „Welt aus den Fugen“. Verschont uns mit den Kultururteilen über diese oder jene Religion oder Volksmentalität. Verschont uns auch mit der endlosen Suche nach den sogenannten „Ursachen“. Was auch immer diese Ursachen sein mögen – die wilde Migration ist auf jeden Fall die falsche Antwort.

(veröffentlicht auf der Internet-Plattform „Die Achse des Guten“ am 25.10.2015 und auf der Internet-Plattform „Tichys Einblick“ am 26.10.2015)



(Der Migrationsmythos, Folge 5)

Über die Trivialität einer regulativen Idee: „Integration“

Von Gerd Held

Nun gibt es also „Einreisezentren“. Der Kurs, in der Migrationskrise alles auf Aufnahme zu stellen und jede Obergrenze abzulehnen, wird stramm weiterverfolgt. Deutschland soll sich nur noch mit sekundären Fragen befassen – mit dem Registrieren, Verteilen, Steuern des Ansturms. Wer so handelt, muss sich im Bunde mit irgendeiner höheren Kraft wännen. Diese Kraft muss die magische Fähigkeit haben, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Realität eines mittelgroßen Landes unendlich auszudehnen. Wer immer wieder neue Migrantenströme ins Land leitet, muss davon ausgehen, dass da hinten im Land eine große Maschine steht, die jedwedes Gesetz der Proportion zu überwinden vermag. Ja, diese Maschine gibt es. Nein, natürlich nicht wirklich, sondern nur als Vorstellung, als fixe Idee, als Wort. Das Wort heißt „Integration“.

Dies Wort wird jetzt beschworen, und es geschieht hierzulande nicht das erste Mal, dass der Heilsglaube an ein Wort das Denken besoffen macht. „Integration“ ist die magische Formel, durch die „wir es schaffen“. Es ist ein abstraktes Wort, das nach höherer Wissenschaft klingt. Auch derjenige, der noch nie seinen Fuß in ein Einwandererstadtteil gesetzt hat, kann es in den Mund nehmen. Aber Integration ist auf jeden Fall etwas Positives. Jawohl, brav gesprochen, guter Mensch.

Nimmt man das Wort allerdings als *regulative Idee* ernst, steht es nicht mehr so gut da. Gemessen an der kolossalen Aufgabe, die der Idee „Integration“ anvertraut werden soll, ist diese Idee eigentlich erstaunlich trivial. Sie beinhaltet eine Art Mengenlehre: Elemente werden Teil einer bestehenden Menge. Die konkreten Menschen, um die es ja angeblich so sehr geht, werden in lauter Elemente verwandelt. In Elemente ohne Eigenschaften. Man muss sich nicht für jeweiligen besonderen Eigenschaften der Migranten interessieren; man kann ihre Gruppenbildungen ignorieren. Man ist bei der Klärung ihrer Identität grob fahrlässig.

Zugleich kann man auch die Eigenart vergessen, die die aufnehmende Gesellschaft auszeichnet und die das Resultat einer geschichtlichen Aufbauleistung ist. Die Gesellschaft zählt bloß als abstrakte Menge, in die die Elemente zu integrieren sind. So wird auch das aufnehmende Land im Licht der Vorstellung „Integration“ zu einem Land ohne Eigenschaften. Genau durch diese Entleerung kann Integration dann zur großen Allzweckwaffe werden. Nur so funktioniert sie immer und überall. Und nur deshalb ist für Integration nie eine Obergrenze angebar.

Integration ist ein Alles-und-nichts-Wort. Ein Wort, das alles beansprucht und dafür alles in ein Nichts verwandeln muss. So schlägt die Integration scheinbar mühelos die Brücke zwischen „jedem Einzelnen“ und der „Weltgesellschaft“.

Dabeisein ist keine Lösung

Nimmt man nun Integration als Prozess, wird es noch trivialer. Denn auf die Frage, wie denn die Elemente in die Menge kommen, antwortet die Integration: „Indem sie sich in die Menge hineinbegeben“ oder „Indem sie in die Menge aufgenommen werden“. Das Dabeisein ist schon alles. Es ist Ergebnis und Prozess in einem. Lauscht man unseren Integrationstheoretikern, so stößt man auf eine wahre Metaphysik des Zusammenseins. Sie wirkt immer – egal, ob ein Migrations“element“ hilflos, gelangweilt, trotzig, feindselig oder schlicht gleichgültig ist. Auch wenn es in einer Gesprächsrunde kaum ein Wort versteht oder auf einem Stadtplatz nur herumlungert, so wirkt hier doch schon auf geheimnisvolle Weise das bloße Dabeisein. So beruht das Funktionieren der Integration im Grunde auf einem Zirkelschluss: Das Dabeisein schafft das Dazugehören. Weshalb es den Ideologen der Integration auch so wichtig ist, dass die Migranten schnell ins Land verteilt werden und keinesfalls an der Landesgrenze aufgehalten werden.

Dieser Zirkelschluss ist allerdings ein gefährlicher Kurzschluss. Denn er konzentriert alles auf einen einzigen alles-entscheidenden Akt: Der Migrant muss alles daransetzen, sich Zugang zu der Zielmenge zu verschaffen. Er muss hier eindringen, besetzen, Platz nehmen. Schauen wird einmal nicht auf die Extreme (Gewaltverbrechen, Terror, Raub, Vandalismus), sondern auf die Normalität der Integration. Was steht zwischen dem Element und der Zielmenge? Es gibt hier keine geleistete Arbeit und keine längere Teilnahme am Aufbau des Landes, die als Bedingung gesetzt wäre. Es gibt nichts, was einem Austausch oder Vertrag ähnlich wäre. Die simple In-Out-Logik der Integration hat mit dem, was wir über den Zusammenhalt

moderner Zivilisationen wissen, nichts zu tun. Sie ist im Grunde eine recht barbarische Angelegenheit.

Das aufnehmende Land gibt seine Komplexität auf

Schauen wir einmal auf das aufnehmende Land. In der Logik der Integration zählt der lange Prozess seiner Aufbauarbeit nicht mehr. Ebenso wenig seine allmähliche Akkumulation von Kapital und Gemeingütern. Und auch nicht seine menschlichen Bildungsprozesse. Das Land zählt nur noch soweit, wie es das Dabei-Sein der neuen Elemente ermöglicht. Seine Kultur schnürt zusammen auf eine – notwendigerweise vordergründige - Willkommenskultur. Die einzige Qualität, die dann noch zählt, ist die Offenheit des Landes. Alles dreht sich um die demagogisch-platte Frage, ob das Land „offen“ oder „verschlossen“ ist.

Das einzig wahre Deutschland ist dann natürlich das „offene“ Deutschland. Mehr braucht es nicht, um gut zu sein. Noch nie war es so billig, zum beklatschten Hüter der Moral zu werden: Man muss nur verkünden, dass sich Deutschland „nicht abschotten“ dürfe.

Mit der regulativen Idee „Integration“ ist also eine erschreckende Verkleinerung des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bauwerks verbunden, das jedes moderne Land darstellt. Diese Verkleinerung war in Deutschland (und anderen Ländern) schon vor der Migrationswelle im Gang. Besonders das Bildungswesen wurde hier zum Experimentierfeld. Schon Jahre und Jahrzehnte wird hier integriert, was das Zeug hält – siehe „Gesamtschule“, „jahrgangsübergreifendes Lernen“, „Inklusion“, „Gemeinschaftsschule“. Bei all diesen Projekten wird auf die magische Wirkung des großen „Zusammen“ gesetzt, wobei die konkreten Unterschiede zwischen den Schülern dann ignoriert werden. Zugleich werden die Bildungsgehalte der verschiedenen Schulstufen ausgedünnt; wichtige Bildungsbestände, die Deutschland ein Gesicht geben, werden neutralisiert. Die Ergebnisse dieser Experimente sind – vorsichtig ausgedrückt – enttäuschend. Deshalb müssten jetzt eigentlich beim Wort „Integration“ die Alarmglocken schrillen. Doch stattdessen wird bei der Migrationswelle nun das ganze Land zum Integrationsland eingeebnet.

Diese Erfahrungen zeigen, dass es hier nicht bloß um den Streit über ein Wort geht. Wo das Integrieren zur regulativen Idee wird, gehen Wort und Tat Hand in Hand. Wie sonst wäre die unfassbare Rücksichtslosigkeit zu erklären, mit der man die Migranten an Städte und Landkreise weiterreicht? Und die Verweigerung einer zuverlässigen Sozialstatistik über die Zugangszahlen, die Krankheitsfälle, die Verbrechen? Und die Gewährung von Geldleistungen, auch ohne eindeutigen Identitätsnachweis? Und die ungeprüfte Vermittlung von Personen in Facharbeiter-Ausbildungen? Das große Mischen ist schon in vollem Gang.

Migration kann nicht die Regel sein, sondern nur die Ausnahme

Gibt es eine Alternative, eine andere regulative Idee? Eine solche Idee müsste von dem grundlegenden Unterschied zwischen der Migration (von einem Land zum anderen) und der Eigenentwicklung der Länder ausgehen. Dann tritt sofort der Eigenwert der Länder (in ihrer sesshaften Kontinuität) hervor. Der Primat kehrt sich um: Die Migration ist nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Die Regel ist die – völkerrechtlich garantierte – Kontinuität der Staaten. Sie muss Vorrang haben – nicht aus rechtsformalistischen Gründen, sondern weil nur so die Vielfalt der Welt und der Entwicklungswege geschützt wird. Hingegen führt der Primat der Migration – über den Kurzschluss „Integration“ – in eine nivellierte und damit unfreie Welt.

Für die Länder, die jetzt im Visier der Migrationswelle sind, also vor allem auch Deutschland, bedeutet das, dass sie auf keinen Fall in ihrer Empfangsaufgabe aufgehen dürfen. Unser Land darf sich nicht auf ein „Einwanderungsland“ reduzieren lassen, sondern muss auf seinem Recht beharren, sich auf eigene Faust weiter zu entwickeln (und höher zu entwickeln).

Die erste Konsequenz ist dann, dass Einwanderung auf jeden Fall zahlenmäßig begrenzt werden muss. Wo eine „wilde“ Einwanderung versucht wird, muss diese an einer Außengrenze – national, europäisch oder sogar in weiterreichenden Abkommen (s. Marokko) – gestoppt werden, mit der Kraft des Gewaltmonopols der Staaten, notfalls auch mit militärischen Mitteln. Nie wird eine Migration, aus welchem Grund auch immer sie erfolgt, sich über die Entscheidung ihres Ziellandes hinwegsetzen können. Nie wird die Migration die Regeln bestimmen und sich an die Stelle der Souveränität territorial „sesshafter“ Staaten setzen können. Immer wird es normal sein, dass Einwanderungsgesuche abgelehnt werden. Und in der gegenwärtigen, global erhitzten Migrationswelle, wird es unvermeidlich sein, dass sich die Staatengemeinschaft gegen die grenzüberschreitenden Ansprüche der Migration zusammenschließt und an den Haupttrouten zu Grenz-Bündnissen kommt.

Für diejenigen, die dann als Einwanderer, Asylanten oder Flüchtlinge in ein Land kommen, bedeutet das, dass nur ein Teil tatsächlich Vollbürger werden kann und auch dieser Teil längere Zeit in einem Status des „Noch nicht“ leben wird. Es muss also Abstufungen der Einwanderung geben: Gastarbeit, Dauerarbeit, Asyl auf Zeit, Dauerasyl. Auf jeden Fall müssen jeweils klare Verträge über das Geben und Nehmen zwischen Migrant und aufnehmendem Land geschlossen werden, mit Klauseln, wann der Vertrag verwirkt ist und das Aufenthaltsrecht erlischt. In diesem Sinn haben Migranten tatsächlich, auch auf niedrigster Stufe, an der regulativen Idee des Gesellschaftsvertrages teil.

Sind die Grenzen soweit klar, kann ein modernes Land durchaus tolerieren, dass etliche Einwanderer sich zunächst nach Herkunft und Kultur in bestimmten Stadtvierteln organisieren. Das ist eine kleine Pointe am Rande: Nimmt man von der fixen Idee der Integration Abstand, kann man auf die kleinlich-bürokratische Einzelverteilung verzichten.

(erschieden am 8.11.2015 auf der Internet-Plattform „Die Achse des Guten“ und am 11.11.2015 auf der Internet-Plattform „Tichys Einblick“)



(Der Migrationsmythos, Folge 6)

„Sie haben es nicht geschafft“

Von Gerd Held

Ein Satz aus dem Heute Journal des ZDF am 15. November, kurz nach dem Terrorangriff auf die französische Hauptstadt: „Die Franzosen haben es nicht geschafft, die Migranten zu integrieren“. Der Korrespondent aus Paris wollte den Deutschen erklären, wieso es zu dem Angriff gekommen ist. Er war nicht der Einzige, der die Geschehnisse auf solche „Ursachen“

zurückführte. Ähnliche Sätze wurden in den letzten Tagen auch bei der ARD und bei N24 verbreitet. Der Fraktion der Erklärer im Lande genügt es nicht festzuhalten, dass hier eine bestialische, totalitäre Kraft wütet. Dass es eine internationale Terrorarmee neuen Typs gibt, die organisiert und mit demonstrativer Grausamkeit wehrlose Menschen abschachtet. Um entschieden zu handeln, müsste das eigentlich reichen.

Den Erklärern reicht es offenbar nicht. Sie versprechen, eine Ursache „dahinter“ zu finden, die noch einmal ganz anders ist als das banale Böse. Der geheime Gedanke dabei ist: Eigentlich sind alle Menschen gut, etwas muss sie böse gemacht haben. Es muss da irgendwo Fehler und Defizite geben, sonst wäre alles gut oder jedenfalls – wie der Sprechautomat im Kanzleramt sagen würde – „auf einem guten Wege“. Und wo sollen wir die Ursache suchen? Natürlich nicht dort, wo das Böse sich zeigt. Wir dürfen überhaupt keinen äußeren Feind benennen. Stattdessen müssen wir die Ursache *bei uns* suchen. Bei uns muss es einen Fehler, ein Versäumnis, eine nicht abgeleistete Bringeschuld geben.

Die Erklärung, die dann gefunden wurde, ist atemberaubend. Es waren „die Franzosen“. Sie haben „es nicht geschafft“. Will heißen: Eigentlich, ihr Franzosen, hättet ihr es schaffen können. Wenn ihr sie nur richtig gewollt hättet - die „Integration“. Dies magische Wort steht auf dem großen Schalter, den man nur entschlossen umlegen muss - und schon gibt es keinen Nachschub mehr für den Terror. Super, Deutschland erklärt und erlöst mal wieder die Welt.

Frankreich ist ein migrationserfahrenes Land

Mancher Zuschauer, der sich mit der jahrzehntelangen Vorstadt-Politik in Frankreich nicht auskennt, muss bei solchen Sätzen denken: Die Franzosen müssen ihre Zuwanderer wie Dreck behandelt haben. Sie müssen sie ohne Unterkunft gelassen haben. Ihnen keinen Platz in ihren Schulen, ihren Krankenhäusern, ihren Metros, ihren Freizeiteinrichtungen, ihren Sportvereinen angeboten haben. Ihnen keine Sozialarbeiter, keine Jugendzentren, keine Quartiersräte zur Verfügung gestellt haben. Ihnen immer weiter die Geldmittel gekürzt haben, usw.

Das ist dummes Zeug. Welches Buch über die Entwicklung der französischen Problemquartiere man auch zu Rate zieht, nirgendwo – bei welcher politischen Richtung auch immer – wird man den Vorwurf finden, es seien zu wenig Anstrengungen unternommen worden. Und wer vielleicht argwöhnt, es sei in Frankreich zu bürokratisch-etatistisch gehandelt worden, der schaue auf Großbritannien oder auf die Niederlande. Dort herrschen andere politische Traditionen und die Probleme sind trotzdem ähnlich groß. Auch hier rekrutiert die internationale Terrorarmee, und sie tut es ausgerechnet in der 2. und 3. Generation der Migranten – also unter jenen, die mehr Integrationsversuche erfahren haben als ihre Eltern.

Alle diese Länder sind inzwischen skeptischer, was die Möglichkeiten der Integration betrifft. Sie greifen zu restriktiven Maßnahmen. Sie schärfen die Gesetze. Sie werden republikanischer. Doch das Wir-Schaffen-Es-Deutschland weiß es besser. Es ist dabei, sich im Schnellverfahren eine Migrantenmasse ins Land zu holen, die in der Größenordnung mit der postkolonialen Einwanderung nach Frankreich vergleichbar ist. Und es will die vielen kleinen Anzeichen nicht sehen, die darauf hindeuten, dass hier keine Neugier und Bewunderung für Deutschland am Werk ist, sondern eine ganz prosaische Versorgungserwartung. Es will nicht wahrhaben, dass diese Erwartung bei Nichterfüllung in genau das gewalttätige Ressentiment umschlagen wird, das in verschiedenen Migrationsmilieus Frankreichs und anderer Länder schon seit längerer Zeit zu beobachten ist.

Wie anmaßend ist diese Besserwisserei. Wie arrogant rümpft das zivil-romantische Deutschland die Nase, wenn das französische Parlament eine Verlängerung des Ausnahmezustands

beschließt und in den Straßen Soldaten patrouillieren. Wie peinlich wirkt es, wenn der Bundespräsident über die „Werte“ Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit predigt und geflissentlich übersieht, dass Frankreichs historische Leistung darin besteht, diese Werte in einem Staat verfasst zu haben und sie bewaffnet zu haben. Wie viel versteckte Verachtung unseres Nachbarlandes ist in der deutschen „Frankreich-Solidarität“ enthalten.

Nein, die gegenwärtige Lage ist keineswegs so, dass Frankreich etwas nicht schafft, was Deutschland schafft. Im Gegenteil hat Frankreich uns in Sachen Migration aus Afrika und der arabischen Welt viele Erfahrungen voraus. Deutschland sollte sich gegen den Lernprozess unseres großen Nachbarlandes nicht abschotten.

Mit dem Ergebnis der ersten Runde der Regionalwahlen am vergangenen Sonntag hat dieser Lernprozess nun ein neues Stadium erreicht. Die Front National ist in unserem Nachbarland zur stärksten Partei geworden, weil sie eine Realität ausgesprochen hat, die jene Parteien, die in den vergangenen Jahrzehnten die Politik unter sich ausgemacht haben, ignoriert haben. Man kann über die Partei FN unterschiedlicher Meinung sein, aber mit ihrem Sieg ist ein politisches Anliegen nun unabweisbar in den Mittelpunkt der Politik getreten: das Anliegen des begrenzenden Staates. Der Weg, den Zusammenhalt des Landes durch eine ausufernde Förderpolitik und eine blinde Öffnungspolitik zu erreichen, ist in Frankreich an sein Ende gelangt. Von nun an geht es um Grenzen – um die Wahrung der Landesgrenzen, um die Begrenzung der Zuwanderung und auch um eine Begrenzung der Verschuldung. Es kann sein, dass eine Mehrheit der Franzosen ihren gewohnten Parteien noch einmal eine Chance geben. Aber die Franzosen haben dafür die Agenda gesetzt. Das neue Zentralthema der Politik wird niemand mehr umbiegen können.

Der Zufall will es, dass in Deutschland Anfang Dezember SPD und CDU Parteitage abhalten werden. Wie man hört, tun die Parteiführungen alles, um jedweden Beschluss in Richtung „Obergrenze bei der Zuwanderung“ zu verhindern. Nun gut, sollen sie die französischen Erfahrungen verachten – am Ende werden sie selber die Verachteten sein.

Veröffentlicht auf den Onlineplattformen „Die Achse des Guten“ (am 22.11.) und „Tichys Einblick“ (am 9.12)



(Der Migrationsmythos, Folge 7)

Legitim handelt, wer Grenzen setzt

Von Gerd Held

Der Parteitag der CDU, der nun stattfindet, ist der erste, seit Deutschland von der Bundeskanzlerin zum offenen Land erklärt worden ist. Aber wird die Frage der Grenzen unserer Republik überhaupt im Mittelpunkt der Debatten stehen? Eher nicht, denn im Vorfeld wurde alles getan, um die Aufmerksamkeit der Partei auf Fragen zu verlagern, die ins Unendliche führen. Da ist zum einen das „Hoffnungsthema Integration“: Man verlagert das Migrationsproblem ins Landesinnere und stellt dort große Perspektiven in Aussicht. Zum anderen wird der sog. „Kampf gegen die Migrationsursachen“ angeboten: Man verlagert das Migrationsproblem in die weite Welt und stellt eine Art großen Entwicklungs-Feldzug in Aussicht. Wo-

bei man inzwischen kleinlaut zugeben muss, dass es „lange dauern“ wird, bis hier Resultate zustande kommen. Mit anderen Worten: die beiden Ersatz-Schauplätze gehören dem Reich der Spekulation an.

Dabei gäbe es für CDU und SPD allen Grund, auf jene September-Entscheidung zurückzukommen, mit der Frau Merkel – ohne Vorlage eines Gesetzes im Parlament – die Grenzöffnung für Personen ohne legalen Einreisestatus erklärt hat. Diese Öffnung ist nach wie vor der Kern des ganzen Dramas. Wir haben inzwischen mindestens 1 Million (eher wohl 1,5 Millionen) Migranten im Land, wobei die große Mehrheit noch nicht als Asylberechtigte anerkannt ist und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch keine rechtlich validen Asylgründe vorbringen kann. Bei mehreren Hunderttausend ist noch nicht einmal die Identität und Herkunft verlässlich festgestellt, und noch einmal so viele sind ohne jede Registrierung ins Land gesickert.

Und dieser Strom dauert an, Tag für Tag das gleiche Schauspiel an den Grenzübergängen zwischen Österreich und Deutschland. In einer Stadt wie Berlin treffen täglich 200 bis 500 Personen ein – wer Gelegenheit hat, einen Blick in die Leitstelle zum Empfang der eintreffenden Busse und Züge zu werfen, kann sich des Eindrucks einer Naturgewalt, die sich unerbittlich ihren Weg bahnt, nicht erwehren. Und jede neu eintreffende Ladung zwingt die Städte und Landkreise zu extremeren Notlösungen. Inzwischen ist es üblich geworden, diese Lage auf ein „Versagen der örtlichen Behörden“ zurückzuführen. Doch in Wahrheit trägt die Kanzlerin mit ihrer bis heute nicht revidierten Entscheidung die Verantwortung für die Zustände. Merkel war es.

Es wäre auch völlig verfehlt, die Lage als ein allmähliches Abarbeiten durch zunehmende Erfahrung und Professionalität zu beschreiben. Im Gegenteil öffnet sich die Schere zwischen der Zahl der an der Grenze Durchgelassenen und der Zahl der wirklich geklärten Fälle immer weiter. Wenn einmal etwas weniger Personen pro Tag an der bayrischen Grenze ankommen, ist das nicht auf eine Maßnahme der Bundesregierung zurückzuführen, sondern auf die Widrigkeiten des Wetters. Das Missverhältnis zwischen dem Zustrom von außen und den Ordnungsmöglichkeiten unseres Landes wächst Woche für Woche.

In dieser Lage müssten sich eigentlich alle Anstrengungen auf die Begrenzungsfrage konzentrieren. Und auf die Bundesgrenze, wo die Migrationswelle wirklich erreicht und beeinflusst werden kann. Alles andere ist Spekulation auf Akteure und Umstände, auf die die deutsche Politik letztlich keinen Zugriff hat. Machbar ist eine allgemeingültige, gesetzlich fixierte, zahlenmäßige Zuwanderungsgrenze für jeweils ein Jahr. Für das laufende Jahr ist erreichte offizielle Zahl von 1 Million (registrierten) Migranten bei weitem genug, um sofort zu erklären, dass für Deutschland die Obergrenze erreicht ist. Damit läge Deutschland weit oberhalb dessen, was andere europäische Länder bei der Zuwanderung akzeptiert haben. Es könnte also sofort die Zurückweisung von Migranten beginnen. Für das Jahr 2016 müsste dann jede neue Zuwanderung an die Zahl der durchgeführten Abschiebungen gebunden werden, und an eine vollständige Registrierung der 2015 verdeckt ins Land gekommenen Personen.

Das wird gewiss nicht ohne Härten und Verwerfungen auf den Migrationsrouten vor sich gehen. Aber im Vergleich zu den spekulativen Lösungen „Integration“ und „Ursachenbekämpfung“ sind die Begrenzungsmaßnahmen maßvoller. Sie sind auch praktikabler, weil sie nicht auf die Zustimmung und Mitarbeit anderer angewiesen sind. Zugleich verführen sie die Migranten nicht zu falschen Hoffnungen und Begehrlichkeiten, die ganz unvermeidlich dann geweckt werden, wenn die Menschen erstmal im Land sind und den fertigen Wohlstand eines arbeitsamen Landes zum Greifen nahe sehen.

Ist eine Obergrenze „rechtlich unmöglich“?

Weil die spekulative Erzählung vom „guten Weg“, auf den alles gebracht werden könne, bei praktisch denkenden Menschen wenig verfängt, wird noch auf ein zweites Mittel zurückgegriffen: auf die Behauptung, eine Begrenzung sei aus prinzipiellen Gründen gar nicht möglich. Wenn Zweifel aufkommen, ob der gute Weg wirklich so gut ist, heißt es patzig: „Grenze geht sowieso nicht“. Der parteiübergreifende Merkelismus ist nicht nur monoton, sondern er wird auch zunehmend negativ.

Dabei ist die Kanzlerin mit einem Geht-Nicht schon gescheitert. Die 2000 km-These von der physischen Unmöglichkeit einer Territorialgrenze ist kaum noch zu hören. Sie ist zu offensichtlich dummes Zeug. Doch ein zweites, diesmal rechtliches Geht-Nicht steht noch im Raum: „Die Menschenrechte kennen keine Obergrenze“, heißt es. Folglich sei es keinem Land der Erde gestattet, eine zahlenmäßige Obergrenze bei der Aufnahme von Asylanten festzulegen. Hier soll also ein absolutes Recht bestehen, das alle Staaten bindet. Migration wäre demnach ein Weltrecht, das über jede Souveränität eines Staatsvolkes erhaben ist.

Das ist natürlich eine gewagte, in ihrer Konsequenz ungeheuerliche These. Doch merkwürdiger Weise wird sie rechtlich kaum erörtert. Wir hören wohl das realitätsbezogene Argument, dass ganz offenkundig jedes Land nur begrenzte Kräfte hat und folglich nicht unbegrenzt aufnahmefähig sei. Das ist sicher ein gutes und wichtiges Argument, aber es überlässt das rechtlich-normative Feld den Vertretern eines grenzenlosen Aufnahmegebots. Die werfen sich entsprechend in die moralische Brust.

Die Menschenrechte sind zweifellos eine wichtige Rechtsquelle. Es liegt in ihrer auf „die Menschen“ bezogenen Natur, dass sie gar nicht anders als universell formuliert sein können. Menschenrechte „nur für Deutsche“, „nur für Chinesen“ machen keinen Sinn. Aber wenn es um den dauernden Aufenthaltsort von Menschen und dessen Veränderung durch Migration geht, sind die Menschenrechte keineswegs die einzige Rechtsquelle. Hier ist eine zweite große Rechtsquelle berührt: das Völkerrecht. Das Völkerrecht beruht auf Begriffen Staat, Staatsvolk, Staatsgrenze. Sie billigt den staatlichen verfassten Völkern die souveräne Entscheidung darüber zu, ihre Grenzen zu schützen und Erweiterungen des Staatsvolks zuzulassen oder nicht. Im konkreten Fall großer Krisen, Kriege und Katastrophen ist also immer eine Abwägung zwischen den beiden, voneinander unabhängigen Rechtsquellen „Menschenrecht“ und „Völkerrecht“ vorzunehmen. Deshalb sind Regelungen, die Flüchtlinge auf die nächstliegenden sicheren Staaten verweisen legitim; ebenso ist es die Einschränkung ihrer Freizügigkeit im Aufnahmeland (durch Lager). Deshalb kann es bei einem übermächtigen, dauerhaften Zustrom auch legitim sein, eine jährliche Obergrenze festzulegen – aus dem legitimen Rechtsgrund der Selbsterhaltung. Und eins ist dabei wichtig: Die Entscheidung, ob ein solcher Fall der Selbsterhaltung vorliegt, wird nicht von internationalen Gremien getroffen, sondern sie liegt bei dem jeweiligen Land. Die Festlegung einer zahlenmäßigen Obergrenze ist also nicht nur ein Akt des Realismus, sondern auch ein völkerrechtlich zulässiger Akt.

Es gibt kein Menschenrecht auf Migration. Gewiss gibt es eine Universalität der Menschenrechte, aber es gibt kein universelles Recht der Menschen, sich durch Einwanderung in ein anderes Land Zugang zu diesen Rechten zu verschaffen.

Die Geschichte vom Menschen „Eintausend und Eins“

Also Obergrenzen. Oder Kontingente. Oder wie man sonst nennen will. Sind wir damit am Ziel? Nicht ganz, denn schon wird eine Geschichte erzählt, mit der sich alles wieder in heiße Luft auflöst. Am 22. November durfte Herr Altmaier im „Bericht aus Berlin“ die Kontingente

als neue Lösungsidee vorstellen. Und dann kam die Frage: Was geschieht an der Grenze, wenn das Kontingent voll ist? Was geschieht mit dem „eintausendundersten“ Menschen? Wird er zurückgewiesen? Tja, hmm, sagte da der große Koordinator, so dürfe man das nicht verstehen. Denn bei diesem Menschen Nr.1000 + 1 könnten ja ein besonderes Schicksal vorliegen. Und nur wenig später war von Frau Klöckner zu hören: „Wenn da noch einer vor unser Haustür steht, dann gebietet es die Humanität, ihn aufzunehmen.“ Aha. Damit wären die Vorschläge „Obergrenze“ und „Kontingente“ letztlich doch nur eine Farce, denn man hält ja noch zusätzliche Zugangswege bereit. Wenn man die Plus-Eins-Regel akzeptiert, bleibt die Zuwanderung nach Deutschland eine grenzenlose Geschichte.

Zugegeben, die Haustür-Geschichte lässt niemand kalt. Wir stellen uns einen einsamen, erschöpften Wanderer vor, der bei Nacht und klirrendem Frost an unsere Tür klopft. Wer würde in so einer dramatischen Situation „Nein“ sagen? Allerdings ist diese Geschichte auch eine abwegige Geschichte, die mit dem, was politisch zu entscheiden ist, nichts zu tun hat. Politik muss allgemeinverbindliche Normen setzen. Deshalb ist es hier durchaus kein Verstoß gegen die Menschlichkeit, wenn dem Bürger zugemutet wird, dass er keinen Platz bekommt und zurückstehen muss. Zum Beispiel, wenn die Operationstermine im Krankenhaus im laufenden Monat erschöpft sind. Oder die Termine beim Einwohnermeldeamt. Man verlangt vom Bürger Anpassung, wenn in einem Fach nicht genügend Studienplätze oder in der Bahn nicht genügend Sitzplätze zur Verfügung stehen. Es gibt auch keine Plus-Eins-Regel, wenn der letzte Tag zur Abgabe einer Bewerbung oder zum Bezahlen der Steuern verstrichen ist.

Die Bürger sind durchaus bereit, solche Obergrenzen, die ohne Ansehen der Person gelten, zu akzeptieren. Das hat seinen guten Grund. Bei den Fällen, die oben beispielhaft aufgezählt wurden, geht es um Gemeingüter. Gemeingüter müssen vor Übernutzung geschützt werden. Oder vor Schwarzfahrern, die ohne eigenen Beitrag die Gemeingüter nutzen. Die Gemeingüter sind den Politikern von den Bürgern treuhänderisch anvertraut, damit sie sie vor Missbrauch zu schützen. Dafür sind exakte und strikte Grenzen unabdingbar - seien es nun zahlenmäßige Obergrenzen, Kontingente, zeitliche Fristen oder territoriale Grenzlinien. Seit der klassischen Diskussion über die *Commons* (im Deutschen teilweise durch den Begriff „Allmende“ erfasst) weiß man: Politik ohne strikte Grenzen ist keine Politik. Die Geschichte vom eintausendundersten Menschen ist eine zutiefst politikfremde Geschichte.

Es ist eigentlich unfassbar, dass angebliche Berufspolitiker im Angesicht einer Migrationswelle von historischen Ausmaßen solche naiven Haustür-Geschichten erzählen. Denken sie wirklich, vor einem Volk zu stehen, das sich so leicht ablenken lässt? Der Eiertanz um die Obergrenze zeigt eine politische Klasse, die bis in ihre tiefsten Reflexe hinein völlig vom „Verteilen“ und „Begleiten“ besetzt ist. Sie hat sich zu einem merkwürdigen Sondermilieu verkapselt, das überall dabei ist und doch nirgendwo Halt bietet. Auf dem SPD-Parteitag war das mit Händen zu greifen. Wer mag noch hoffen, dass es bei der CDU anders ist?

Erschienen auf den Onlineplattformen „Die Achse des Guten“ (14.12.2015) und „Tichys Einblick“ (15.12.2015)



(Der Migrationsmythos, Folge 8)

Die Theologie der Migration

Von Gerd Held

Eine Szene aus dem Berliner Stadtbezirk Reinickendorf: Vor einer Schule demonstrieren Eltern, Lehrkräfte und Schüler gegen die Beschlagnahme ihrer Turnhalle zur Unterbringung von Flüchtlingen. Und es gibt eine Gegendemonstration. Sie wird von den Kirchen und von einem moslemischen Verband organisiert. Eine denkwürdige Gegenüberstellung: Die Kirche gegen die Schule, gegen die Res Publica. Im Namen christlicher Werte sollen die säkularen Bildungsgüter, das Erbe der Aufklärung, zweitrangig werden. Im Zweifelsfall werden sie beschlagnahmt. Das alles geschieht unter Berufung auf die Migrationswelle. Im „Flüchtling“ hat die Theologie eine Figur gefunden, mit der sie die Bürger unter Druck setzen kann. Wir hatten schon einmal eine „Befreiungstheologie“, die sich als Triebkraft einer sozialistischen Weltrevolution verstand. Nun bekommen wir eine Migrationstheologie, die eine nicht weniger radikale Weltveränderung betreibt.

Der Riss geht auch mitten durch die Kirchengemeinden. Es hat an diesem Weihnachten 2015 viele Menschen gegeben, die mit erheblichen Bauchschmerzen in ihre Kirche gegangen sind. Sie waren zwischen zwei Dingen hin und her gerissen: Auf der einen Seite war da die religiöse Erwartung, im Licht des Weihnachts-Ereignisses die Anwesenheit Gottes zu spüren und die Worte, Lieder und Bilder wiederzufinden, die seiner Größe Ausdruck geben. Auf der anderen Seite mussten sie damit rechnen, dass in den Predigten das Weihnachtsergebnis benutzt wird, um für noch mehr Aufnahmeopfer zu werben. Tatsächlich war in zahlreichen Predigten die Formel zu hören, dass Maria, Josef und Jesus „Flüchtlinge“ gewesen seien und deshalb auch die heutigen Migranten in einem gleichsam überirdischen Licht stehen. Wer dies anders sieht, musste an diesem Heiligen Abend 2015 damit rechnen, als unchristlich aus seiner Kirche ausgebürgert zu werden. Nein, das ist nicht nur ein politischer Streit, der von außen in die Kirchen dringt. Vielmehr stehen sich hier unterschiedliche religiöse Grundideen gegenüber.

Die Mystik des „fremden Menschen“

Es gibt schon seit längerer Zeit vielfältige Äußerungen aus Kirchenkreisen, die nicht nur für einen freundlichen Empfang der Migranten plädieren, sondern die Migranten zu exemplarischen Repräsentanten des christlichen Menschenbildes erklären. Schon vor einem Jahr bezeichnete der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Marx, das Weihnachtsergebnis als eine „Revolution ohne Vergleich“. Dadurch, dass Gott Mensch werde, sei die „Anerkennung des anderen“ begründet (vgl. FAZ 27.12.2014). Auch in der Evangelischen Kirche Deutschlands gibt es diese gläubige Verehrung des Migranten, der ihr als „Flüchtling“ ein Sinnbild des Bedürftigen ist, und der zugleich als wandernder „Fremder“ etwas mystisch Großes hat und über den Niederungen irdischer Sesshaftigkeit schwebt. Annette Kurschuss, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen und Herausgeberin der Zeitschrift „chrismon“ schreibt: „Wir dürfen vor der Fremdheit nicht davonlaufen...Nicht vor ihrem Anderssein und nicht vor unserem Nicht-Verstehen. Uns befremden lassen: Das wär's.“

Das Wortgeschaube um die „Fremdheit“ befasst sich nicht mit den realen Migranten. Sie erkennt, dass der größte Teil von denen, die sich bis nach Deutschland durchschlagen, nicht unmittelbar aus Kriegsnoten fliehen, sondern zu einem Ort weiterwandern, von dem sie sich bessere Lebensbedingungen versprechen. Um den Migrationsschritt nach Deutschland zu tun, haben sie eine Abwägung gemacht und die Hoffnung auf ihr Land aufgegeben. Das kann man, angesichts der schwierigen Situation in Syrien, im Irak oder in Afghanistan verstehen – aber es handelt sich weder um eine absolute Notlage, noch ist diese Migrationsentscheidung ein Weg zur Lösung der Probleme.

Es hat auch nichts gemein mit der Rückkehr von Maria und Josef an ihren Geburtsort in Galilea, und mit der Geburt von Jesus in Betlehem, die zur Weihnachtsgeschichte wurde. Welche Vermessenheit, in alles menschliche Migrieren diese Geschichte der stillen und heiligen Nacht hineinzulesen. Die theologische Überhöhung der Migration hat mit der Weihnachtsbotschaft nichts zu tun. Besagt diese doch gerade die Zuwendung Gottes zu einem bestimmten Ort, zum irdischen Dasein überhaupt. Sie sagt den Menschen, dass dies Dasein wertvoll ist und nicht nur ein Provisorium. Dass sie daher den Ort, an den sie gestellt sind, annehmen sollen und nicht nur auf der Erdoberfläche umherirren sollen.

Bei „fremd“ sollte man nicht gleich an „böse“ oder „feindlich“ denken. Aber es ist eine sehr abstrakte, leere Bestimmung des Menschen. Der Kult der Fremdheit interessiert sich erstaunlich wenig für die sozialen Merkmale der ins Land Kommenden, weder für ihre wirkliche Zahl noch für die verschiedenen Milieus. Die auffällig große Gruppe der jungen, alleinstehenden Männer, die (oft fehlenden) Bildungs- und Arbeitserfahrungen, die (im Verhältnis dazu) sehr schnell erhobenen Versorgungsansprüche – bei alledem will man sich nicht länger aufhalten. Auch bei den Berichten über Gewalt in den Aufnahmeunterkünften will man nicht wirklich wissen, was da in den Tätern vorgeht. Es wird irgendwie unter „Sie sind ja arm und traumatisiert“ abgebucht. Im Grunde ist es egal. Die neue deutsche „Offenheit“ ist eine erstaunlich blinde Offenheit. Und dafür ist „der fremde Mensch“ das passende Blindwort.

Stattdessen findet eine theologische Projektion statt. Der Fremde wird in ein göttliches Licht gestellt. Er ist ein willkommenes Objekt für die Idee vom barmherzigen Gott. Es ist diese Idee, die im Fremden ihr passendes Gegenüber findet. Dessen Rolle beschränkt sich darauf, das Licht der Barmherzigkeit zurückzuspiegeln. Und hier kommt der helfende Mensch ins Spiel. Um seinen Akt des Helfens geht es. Dieser Moment der guten Tat ist wichtiger als das Ergebnis der Tat. Denn in diesem Moment wird das Licht der Barmherzigkeit zurückgespiegelt. Deshalb ist das Interesse an den Eigenschaften des Migranten so gering. Deshalb wird so hartnäckig und wider alle rechtliche und sozioökonomische Wahrheit am Oberbegriff „Flüchtling“ festgehalten. Dies Wort steht für den reinen, von allen eigenen Mitteln entblößten Menschen. Die Migranten sind als Gelegenheit für ein gutes, gottgefälliges Werk willkommen. Sie stehen letztlich nur am Wegesrand zu Gott. Der selbstlos helfende Mensch ist mehr mit sich selbst beschäftigt, als er zugeben will.

Doch die Migration kann in dieser dienenden Funktion mit beängstigender Unaufhaltsamkeit immer weiter wachsen. Am Wegesrand des guten Menschen zu Gott gibt es keine Obergrenze.

Der allzu nahe Gott

Aber geht es wirklich um Gott? Sicher ist in der Migrationstheologie viel von Gott die Rede. Oft wird sogar der Eindruck erweckt, als würde aus ihrem Geist eine Wiederbelebung des christlichen Glaubens möglich. Aber kann diese Theologie tatsächlich einen neuen Sinn für

die Erhabenheit Gottes wecken? Steht Gott überhaupt im Zentrum ihrer Aufmerksamkeit? Hört man genau hin, so muss man daran zweifeln. Bei seiner Rede vor dem Europäischen Parlament im November 2014 hat der Papst eine sehr herausfordernde Tonlage gewählt, doch der Eckpunkt dieser Herausforderung war nicht Gott. Es sei „die Stunde gekommen“, so sagte Franziskus, „gemeinsam das Europa aufzubauen, das sich nicht um Wirtschaft dreht, sondern um die Heiligkeit der menschlichen Person, der unveräußerlichen Werte.“ Kurz darauf, vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, forderte er ein neues europäisches „Urvertrauen“: „Das Vertrauen auf den Menschen, und zwar weniger als Bürger und auch nicht als wirtschaftliches Subjekt, sondern auf den Menschen als eine mit transzendentaler Würde begabte Person.“ Hier wird „der Mensch“ zum eigentlichen Eckpunkt und Unterpfand des Glaubens. Die Heiligkeit Gottes wird in die Heiligkeit der menschlichen Person hineingeholt. Gott ist nicht mehr das große Gegenüber des Menschen. Die Evangelische Kirche Deutschlands hat den folgenden Satz aus dem alten Testament (Jesaja 66, 13) als Jahreslosung für 2016 ausgegeben: „Gott spricht: Ich will euch trösten, wie einen seine Mutter tröstet.“ Man kann hier, bei wohlwollender Interpretation, die Absicht herauslesen, Gott den Menschen irgendwie nahezubringen. Er soll sich an eine persönliche, familiäre Situation erinnern, um Gott zu verstehen. Aber der Mutter-Vergleich ist eine sehr zudringliche Theologie, die das Glauben, Hoffen und Lieben eng macht. Ihr Bild von Gott ist im Grunde ein Selfie.

Was hier geschieht, ist durchaus gravierend. Das wird deutlich, wenn man sich daran erinnert, dass der christliche Glaube, der beim Aufbruch in die Moderne Pate stand, eine ganz andere Orientierung und Tonlage hatte. Max Weber hat gezeigt, wie im neuzeitlichen Christentum eine neue Spannweite zwischen Gott und dem Menschen eröffnet wurde, die es ermöglichte, in der Berufung auf Gott zurückhaltend zu sein und in der Arbeit auf Erden zupackend. Er sprach von dem „großen religionsgeschichtlichen Prozess“, der alle vordergründigen Mittel der Heilssuche als Aberglauben verwarf (Zauberei, symbolische Ablass-Handlungen) – der aber auch die Drohung eines unmittelbar bevorstehenden Weltenendes verwarf und der Welt mit dieser Ausdehnung der Zeit ein viel größeres Gewicht gab. Webers Beispiel war der Protestantismus und die moderne Marktwirtschaft. Aber auch auf Seiten des römisch-katholischen Glaubens lässt sich diese theologische Entwicklung nachweisen, ohne die die Renaissance, die Aufklärung und der souveräne Rechtsstaat gar nicht denkbar gewesen wären. Der ferne Gott der Moderne führte nicht in Beliebigkeit, sondern legte die Menschen mit neuer Unausweichlichkeit auf ihren irdischen Ort fest. Dort lag ihre Bewährung. Der ferne Gott war ein fordernder Gott. Nicht der wurzellose, umherschweifende Mensch, sondern der in einen Beruf, in ein Unternehmen, in eine Familie, in ein Land investierende Mensch war die Konsequenz. Dies neuchristliche Menschenbild ist bürgerlich. Dieser Bürger würde es weit von sich weisen, als „Ebenbild Gottes“ zu figurieren und sich als Person mit dem Adjektiv „heilig“ zu verstehen.

Der christliche Gott der Neuzeit steht den Menschen erhabener gegenüber als der frühchristliche und mittelalterliche Gott. Aber er ist noch da. Er ist nicht wegsäkularisiert. In der neuen Spannweite zwischen Gott und Mensch sind nur die vordergründigen Heilmittel verschwunden, die Gott allzu nah an den Menschen rückten. Wem die Moderne am Herzen liegt, sollte also durchaus den theologischen Streit wagen. Schaut man zum Beispiel in Max Webers „Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ aus dem Jahre 1904 schaut, oder auch in den Sammelband von Alfred Müller-Armack „Staat und Wirtschaft“ (1959), spürt man eine Tonlage des Christentums, die sich von der heutigen kirchlichen Wirtschaftskritik völlig unterscheidet. Das war der Geist der deutschen Gründerzeit vor 120 Jahren und auch der Geist, der beim Neuanfang der Bundesrepublik nach 1945 Pate stand. Es war durchaus ein christli-

cher, ein religiöser Geist. Aber nicht die Spur von jener dummen Gegenüberstellung „des Menschen“ gegen „die Wirtschaft“, die wir heute von der katholischen und der evangelischen Kirche – in trauter Eintracht – vorgesetzt bekommen.

Gemessen an dem anspruchsvollen Christentum der Neuzeit wäre diese aktuelle Positionierung der Kirchen, die sich nun mit der Migrationstheologie weiter radikalisiert, ein Rückfall. Ein theologischer Rückfall, der die religionsgeschichtliche Verabschiedung aller vordergründigen Heilmittel wieder rückgängig macht. Dem Menschen wird eine trügerische Gottesnähe suggeriert, wenn er sich nur weit genug von seiner Bürgerlichkeit entfernt. Und wenn er sich jetzt dem „Flüchtling“ als neuer Leitfigur zuwendet.

Eine Theologie, die das Land nicht an sich selber arbeiten lässt

Deutschland ist kein Land, das sich auf seinem Stand saturiert zurücklehnen kann. Es muss produktiv sein. Ein anspruchsvoller religiöser Glaube, der sich in der Bewährung vor Gott sieht, würde da durchaus gebraucht. Es gäbe einiges aufzuräumen in Wirtschaft, Staat und Privatsphäre. Die meisten Krisen unserer Zeit sind ja nur provisorisch gemilderte und dadurch verschleppte Krisen. Es gibt auch tieferliegende Schwächen, die die bürgerliche Substanz betreffen – zum Beispiel bei der Fähigkeit, sich auf eine Sache, einen Beruf, eine Familie, ein Unternehmen, einen Ort wirklich festzulegen. Da könnte ein kräftiger Schuss von dem Geist, den Max Weber und Alfred Müller-Armack darstellten, durchaus hilfreich sein.

Es gäbe aber auch in religiösen Dingen etwas aufzuräumen. Hier ginge es um mehr Zurückhaltung. Um Rituale, die die Ferne Gottes respektieren. Die Kirchen sind viel zu sehr mit menschlichen Angelegenheiten vollgestellt, der Name Gottes wird zu oft für soziale Dienstleistungen in Anspruch genommen. Wir müssen wieder lernen, in den kleinen Dingen die Größe des fernen Gottes zu sehen und zu verehren. Gerade zu Weihnachten gibt es eine bürgerliche Tradition in diesem Sinn. Der Zauber des Tannenbaums, der Adventskerze, der Schnitzwerke, der Plätzchen, der Orangen liegt in der Übersetzung der Ferne, die hier gelingt. Vielleicht hat mancher, der der diesjährigen Dauerbeschallung mit dem Flüchtlingsthema entgegen wollte, diese kleinen Signale finden können.

Das sind hier nur kurze Hinweise. Aber sie zeigen, dass der christliche Glaube gerade in unserer Zeit sehr viel zur Weiterentwicklung Deutschlands beitragen könnte. Für die Migrationstheologie gilt das allerdings nicht. Denn bei keiner der oben genannten Reformaufgaben hilft die Massenzuwanderung weiter. Die Migranten können den Deutschen nicht die schmerzhafteste Aufgabe abnehmen, eine neue Reformagenda für Wirtschaft und Staat auf die Tagesordnung zu setzen. Sie können auch nicht das Problem lösen, das die Kirchen der Gegenwart bei der Vermittlung des christlichen Glaubens haben. Beides sind bürgerliche Aufgaben, Aufgaben für die Bürger dieses Landes. Natürlich wird unser Land immer wieder Flüchtlinge und Migranten aufnehmen. Natürlich wird es auch andere Religionen respektvoll behandeln. Aber weiterbringen wird das unser Land nicht. Schon gar nicht wird ein reformunfähiges Deutschland durch die Massenmigration zu einem „spannenden“ Land werden.

Im Gegenteil, die Migration ist ein Ersatzthema, das von den eigentlichen Problemen und Aufgaben des Landes ablenkt. Die Masseneinwanderung verwickelt das Land in eine unendliche Rettungsaktion, die alle Kräfte in Anspruch nimmt und für Jahrzehnte auf eine lähmende, deprimierende Hängepartie festlegt. Der Migrationstheologie scheint diese Lähmung ganz recht zu sein.

Erschienen auf den Onlineplattformen „Die Achse des Guten“ (28.12.15) und „Tichys Einblick“ (29.12.15)

